

## Memorandum des Ausländerbeauftragten der Bundesregierung

Angesichts der Problematik der ausländischen Arbeitnehmer, ihrer Familien und insbesondere der 1 Mio. Kinder und Jugendlichen müsse ein korrigierender Ansatz von der Ausländerpolitik verfolgt werden, zumal eine nicht mehr umkehrbare Entwicklung eingetreten sei, die keine abhängige Größe der Arbeitsmarktentwicklung sei, sondern gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und Erfordernissen Rechnung tragen müsse. Den vermutlich in großer Zahl bleibewilligen Zuwanderern, namentlich der 2. und 3. Generation, müsse das Angebot zur vorbehaltlosen und dauerhaften Integration gemacht werden. Integration auf Zeit sei in sich widersprüchlich, eine ohnehin begrenzt wirksame Rückkehrförderung nur gezielt sinnvoll.

Aufbauend auf dieser Beurteilung konzentrieren sich die Vorschläge des Memorandums auf eine konsequente Integrationspolitik mit folgenden Schwerpunkten:

- Anerkennung der faktischen Einwanderung (bei fortdauerndem Ausschluß weiterer Anwerbung),
- erhebliche Intensivierung der integrativen Maßnahmen vor allem für die Kinder und Jugendlichen, d.h. im Bereich der Vorschule, Schule und beruflichen Bildung,
- Ablösung aller segregierenden Maßnahmen, im Schulsektor z. B. der „Nationalklassen“ und ähnlicher Unterrichtsformen,
- Anspruch der Jugendlichen auf ungehinderten Zugang zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen,
- Optionsrecht der in der Bundesrepublik Deutschland geborenen und aufgewachsenen Jugendlichen ab 18 Jahren auf Einbürgerung,
- generelle Überprüfung des Ausländerrechts und des Einbürgerungsverfahrens mit dem Ziel größerer Rechtssicherheit und stärkerer Berücksichtigung der legitimen besonderen Interessen der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien,
- Verstärkung ihrer politischen Rechte durch Einräumung des kommunalen Wahlrechts nach längerem Aufenthalt,
- Verstärkung der problemorientierten sozialen Beratung.

Nach: H. Kühn: Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, September 1979;vgl. auch BMFT (Hrsg.): Probleme der Ausländerbeschäftigung, Bonn 1979.

